

**REPUBLIK ÖSTERREICH**

BUNDESMINISTERIUM

FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Zl. 12.120/2-I/3/83

Gehaltsgesetz 1956;  
Entwurf einer 41. Novelle;  
Ressortstellungnahme.

Zu do.GZ.921.000/2-II/1/83 v.19.9.1983

An das  
Präsidium des Nationalrates  
W i e n

1011 Wien, Stubenring 1

Telefon 0222 / 7500

Name des Sachbearbeiters:  
OR.Dr. PFEFFERKlappe 5136 Durchwahl  
Fernschreib-Nr. 01/1145

Bitte in der Antwort die  
Geschäftszahl dieses  
Schreibens anführen.

*Dr. Wasserbauer*

Schrift GESETZENW  
Zl. 37 -GE/19.83

Datum: 21. Okt. 1983

M. 1011/1983 -10- 21. *Fraser*

In Entsprechung der vom Nationalrat gefassten Ent-  
schließung beehrt sich das Bundesministerium für Handel, Gewerbe  
und Industrie, beiliegend 25 Abdrucke zu einer Stellungnahme zu  
den vom Bundeskanzleramt versandten Entwurf einer 41. Gehaltsgesetz-  
novelle zu übermitteln.

Wien, am 19. Okt. 1983  
Für den Bundesminister:

Dr. BÖHM

25 Abdrucke

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Kommu*

**REPUBLIK ÖSTERREICH**

BUNDESMINISTERIUM

FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Zl.12.120/2-I/3/83

Gehaltsgesetz 1956;  
Entwurf einer 41. Novelle;  
Ressortstellungnahme.

Zu do.GZ.921.000/2-II/1/83 v.19.9.1983

1011 Wien, Stubenring 1

Telefon 0222 / 7500

Name des Sachbearbeiters:

OR.Dr.PFEFFER

5136

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 01/1145

Bitte in der Antwort die

Geschäftszahl dieses

Schreibens anführen.

An das  
Bundeskanzleramt  
W i e n

Zu dem Entwurf einer 41. Gehaltsgesetznovelle beehrt sich das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu Art.II Abs.2 letzter Satz:

In den Punkten 1 - 4 sollte vor der Angabe des Maximalzeitraumes jeweils das Wort "je" eingefügt werden, da sich diese Zeiträume sowohl auf die Dkl.VI als auch auf die Dkl.VII beziehen. Ebenso sollte im Punkt 2 das Wort "beziehungsweise" durch das Wort " und " ersetzt werden, damit die Addition der angegebenen Zeiträume hinreichend klar zum Ausdruck kommt.

Zu Art.II Abs.5:

Die Abstimmung auf den Pragmatisierungstag läßt keine Möglichkeit, offensichtliche Ungerechtigkeiten und Zufälligkeiten, die durch eine verzögerte Pragmatisierung entstanden sind, als Härten einzustufen und auszugleichen. Es wird deshalb vorgeschlagen, die Worte "sowie auf den Tag der Wirksamkeit der Ernennung zum Beamten" entfallen zu lassen. Hiedurch könnten die ohnehin nur seltenen Fälle bereinigt werden, bei denen schon für die Einstufung bei der Pragmatisierung eine schlechtere Laufbahn fingiert wurde als sie nunmehr als "vergleichbare" Laufbahn vorliegt.

25 Abdrucke der gegenständlichen Stellungnahme werden u.e. dem  
Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Wien, am 19. Okt. 1983  
Für den Bundesminister:

Dr. BÖHM.

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Hommen*